

vor die Reformierten an



Nur jeder zweite Gemeinderat gibt an, religiöse und politische Entscheidungen strikt voneinander zu trennen. elo

Abtreibungsverbot (Rat: 86 Prozent dagegen) und bezeichnet sich als Kreationist. Doch immerhin 29 Prozent oder 16 Parlamentarier glauben nicht an die **Evolutionstheorie** oder sind sich zumindest nicht sicher. Lilian Banholzer hat diese Frage ausgelassen. Die Evolutionstheorie beschreibe zwar die Entwicklung

des Lebens. Die Fragen nach dem Beginn allen Lebens aber beantwortete sie nicht. «Das heisst nicht, dass ich glaube, die Welt sei in sieben Tagen entstanden», sagt sie.

Die freikirchlichen Ratsmitglieder sind in einigen gesellschaftspolitischen Fragen im Kern also gespalten (ausser beim Thema «aktive Sterbehilfe», die

sie geschlossen ablehnen. Rat: 63 Prozent dafür). «Viele Freikirchen haben ihre Positionen inzwischen etwas aufgeweicht, um sich für ein breiteres Publikum zu öffnen», sagt dazu der Religionssoziologe Jörg Stolz (Interview rechts).

Religion gilt gemeinhin als Privatsache. Auch im Rat sind Konfession und Glaube der Kolleginnen und Kollegen offenbar kein Thema, wie mehrere Politiker auf Nachfrage versichern. Ein gewisses Misstrauen gegenüber den Freikirchen schwingt aber dennoch mit. Jeder und jede Dritte glaubt, dass die Verquickung zwischen Freikirchen, Verwaltung und Politik inzwischen zu gross geworden ist. Auf Nachfrage werden entweder die Stichworte «Gate 27», «Win 4» oder «SalZH» genannt oder allgemein konstatiert, dass ein «sehr guter Draht ins Parlament und in den Stadtrat» bestehe. Auch die teilweise hohe Präsenz von Freikirchler*innen unter Lehrern und Schulpflegern wird genannt, zum Beispiel in Seen. Beim Schulhaus Oberseen sprach man einst vom «Aquarium» – wegen

«Der Draht der Freikirchen zum Stadtrat und zum Parlament ist sehr gut.»

Gemeinderat (anonym)

der grossen «Fischli-Fraktion» im Lehrerteam.

Den Islam als Staatsreligion offiziell anerkennen?

In Fragen zum Umgang mit dem Islam vertritt der Rat oft integrative und liberale Positionen. Das Minarettverbot würde er mit wuchtigen 78 Prozent ablehnen, ebenso das Kopftuchverbot (82 Prozent). Den Islam als Staatsreligion zu anerkennen, ginge einer Mehrheit von 54 Prozent aber zu weit, jeder Fünfte wäre noch unschlüssig. Dafür ist vor allem die Linke. Maria Sorgo (SP) etwa findet, dass gewisse Moscheevereine öffentlich-rechtlich anerkannt werden sollten, um Anrecht auf staatliche Fördergelder zu haben: «Gut integrierte Gemeinden leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration und bauen Berührungspunkte ab. Sie hätten Rechte, aber auch Pflichten.»

Fazit: Ein Rat von «liberalen Distanzierten»?

Typisieren könnte man eine Mehrheit der Gemeinderäte wohl als «liberale Distanzierte». Zu den «Distanzierten» zählen Religionssoziologen eingemittete Personen, die «nicht nichts» glauben, kaum praktizierend sind, die Konfession aber dennoch bewusst nicht ablegen. Im Parlament fällt der hohe Anteil an Kirchenmitgliedern auf und das klare Votum für die Kirchensteuerpflicht. Gleichzeitig aber betet kaum jemand mehr oder greift zur Bibel, während christliche Werte und die Sozialarbeit der Kirchen wiederum weithin respektiert werden. Und weshalb «liberal»? Dafür spricht, dass die meisten Parlamentarier für die Homo-Ehe und die aktive Sterbehilfe einstehen oder gegen das Minarettverbot sind, und immerhin jeder Dritte würde den Islam als Religion gar öffentlich-rechtlich anerkennen.

Till Hirsekorn

In der morgigen Ausgabe diskutieren die Gemeinderäte David Schneider (FDP), Regula Keller (SP) und Reto Diener (Grüne) in einem Streitgespräch zum Thema.

«Bible Belt» ist übertrieben

GESELLSCHAFT Ein Religionssoziologe sagt, wie stark sich die Freikirchen politisiert haben und wie er sich deren Übervertretung im Winterthurer Parlament erklärt.

Herr Stolz, welches Ergebnis der Online-Umfrage im Winterthurer Parlament hat Sie am meisten erstaunt?



Jörg Stolz*: Bemerkenswert ist sicher, dass die Mitglieder evangelikaler Freikirchen mit rund 12 Prozent klar übervertreten sind. Schweizweit

liegt der Anteil Evangelikaler in der Bevölkerung bei knapp zwei Prozent. Je nach Region kann der Anteil bis 5 Prozent ausmachen; auch der Kanton Zürich und die Region Winterthur gehören zu den Regionen mit hohem Evangelikalen-Anteil. Aber auch so ergibt sich eine Übervertretung der Evangelikalen im Parlament.

Was lässt sich daraus schliessen? Wahrscheinlich nur, dass die Freikirchenmitglieder in Winterthur sich politisch besonders häufig engagieren. Vielleicht auch, dass sie besonders gut organisiert, vernetzt und engagiert sind, zum Beispiel unter dem Dach der Evangelischen Allianz.

Gilt Winterthur und die Region auch unter Wissenschaftlern als «Bible Belt»?

Die Rede vom Schweizer «Bible Belt» ist übertrieben. Aber es stimmt, dass es eine erhöhte Konzentration Evangelikaler in den nördlichen Kantonen der Schweiz gibt. Hierzu gehört auch der Kanton Zürich.

Stadt, Landes- und Freikirchen arbeiten in diversen sozialen Bereichen zusammen. Die freikirchlich geprägten Stiftungen und Sozialwerke sind stark. Ist das in andern Städten auch so?

Traditionell eng sind die Partnerschaften zwischen dem Staat und den beiden Landeskirchen. Schweizweit beobachten wir aber den Trend, dass der Staat sich mit der zunehmenden Säkularisierung und Pluralisierung der Gesellschaft dieses Band etwas lockert und vermehrt auch mit anderen religiösen Organisationen zusammenarbeitet. Das können auch Freikirchen sein, die zudem immer häufiger eine staatliche Anerkennung fordern. Sie wollen das Sektenimage ablegen, sich gesellschaftlich öffnen ...

... und sich stärker politisieren?

Vielleicht ein bisschen. Evangelikale sind politisch sicher aktiver als etwa Buddhisten oder Muslime. Aber ein politischer Machtfaktor wie in den USA, wo sie etwa 30 Prozent ausmachen, sind sie

hier sicher nicht. Nur: Während die Landeskirchen laufend Mitglieder verloren haben, sind die Freikirchen leicht gewachsen oder stabil geblieben. Insofern hat sich das Machtverhältnis schon etwas verschoben.

Jeder dritte Gemeinderat glaubt, dass Freikirchen, Verwaltung und Politik in Winterthur zu eng verflochten sind.

Der Einfluss der Freikirchen scheint ein Thema zu sein. Entscheidend ist: Wenn die Freikirchen mehr staatliche und gesellschaftliche Anerkennung wollen, müssen sie transparent sein. Die Positionen und Interessen gehören auf den Tisch. Aber es ist nicht so, dass die Evangelikalen alle die gleichen politischen Positionen vertreten würden. In der Frage der Gleichberechtigung der Frau gibt es zum Beispiel einen klassischen Generationenkonflikt, die Jungen sind hier offener als die Älteren. Diese Pluralität widerspiegelt sich auch in Ihrer Umfrage. Es scheint zumindest nicht einen Freikirchenblock zu geben, der mit einer Stimme spricht. Die Mitglieder sind in verschiedenen Parteien.

Auch gegenüber dem Islam ist deren Haltung recht aufgeschlossen. Die meisten sind gegen ein Minarettverbot.

Auch in diesen Fragen sind die Freikirchen gespalten. Die EDU zum Beispiel hat die Minarettinitiative mitlanziert, die Evangelische Allianz aber was dagegen. Erstaunlich fand ich in Ihrer Umfrage die sehr liberale Haltung einer grossen Mehrheit. 80 Prozent sind gegen das Minarettverbot. Das ist ein hoher Wert, der wohl etwas tiefer wäre, wenn alle CVPLer und SVPLer teilgenommen hätten.

Auffällig hoch ist mit 47 Prozent der Anteil Reformierter. Stadtweit sind es 31 Prozent ...

Winterthur und der Kanton Zürich sind traditionell reformiert. Entsprechend stark verwurzelt ist das Milieu nach wie vor, das sich politisch und gesellschaftlich engagiert und so nach aussen auftritt. Vielleicht könnte man die Mehrheit der Winterthurer Gemeinderäte zur sogenannten Gruppe der Distanzierten zählen: Diese sind oft nicht besonders gläubig, stehen aber zur Landeskirche als Institution mit einer karitativen Rolle. Ein Widerspruch aber bleibt bestehen ...

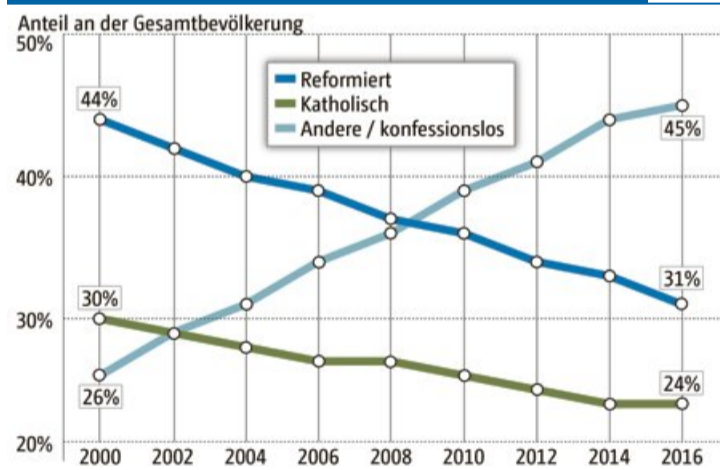
Nämlich?

Viele Befragte befürworten gleichzeitig eine strikte Trennung von Kirche und Staat und die Kirchensteuerpflicht für Firmen. Das widerspricht sich rein logisch.

Interview: hit

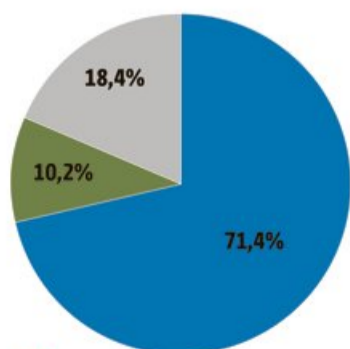
* Prof. Jörg Stolz ist Religionssoziologe an der Universität Lausanne.

ENTWICKLUNG DER KONFESSIONEN IN WINTERTHUR



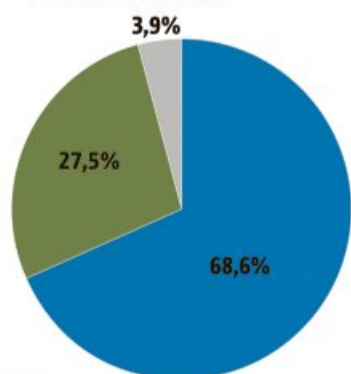
2009 wurden in Winterthur die Reformierten von der Gruppe Konfessionslose/Andere überholt. Generell liegen die Anteile im kantonalen Mittel. Konfessionsbezogen ist Winterthur eher Dorf als Stadt. Quelle: Statist. Amt Kt. ZH / Grafik da

5. Betrachten Sie die Evolutionstheorie als korrekt?



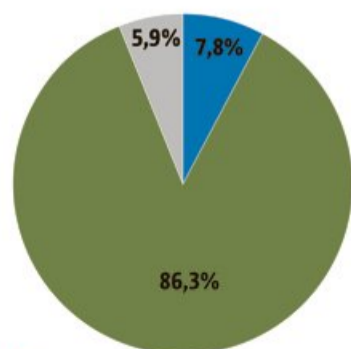
bei 49 Antworten

6. Sind Sie für eine strikte Trennung von Kirche und Staat?



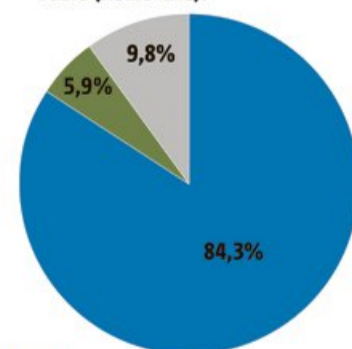
bei 51 Antworten

7. Sind Sie für ein Abtreibungsverbot?



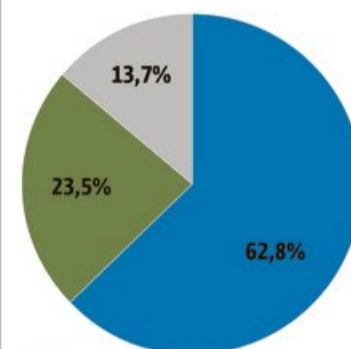
bei 51 Antworten

8. Sind Sie für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare (Homo-Ehe)?



bei 51 Antworten

9. Sind Sie für die aktive Sterbehilfe?



bei 51 Antworten